

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



gewählter Vertreter möchte ich damit Rechenschaft über meine Arbeit für Sie im Rat der Stadt Gummersbach ablegen.

Auch im vergangenen Jahr lag als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion der Schwerpunkt meiner Tätigkeit in der Kulturpolitik unserer Stadt. Im letzten Bürgerbrief habe ich berichtet, dass das inzwischen geschlossene Theater auch mit den Stimmen der SPD als Projekt für die sogenannte Regionale 2025 angemeldet wurde. Dieses Programm könnte der Stadt Gummersbach unter bestimmten Voraussetzungen die Perspektive eröffnen, mit großer finanzieller Unterstützung des Landes das Theater wiederzubeleben. Im Kulturausschuss habe ich deutlich gemacht, dass aus Sicht der SPD drei Bedingungen für die Wiederaufnahme des Theaterbetriebes erfüllt werden müssen. Erstens ein überzeugendes inhaltliches Konzept, das mehr Besucher nach Gummersbach lockt. Zweitens eine gesicherte und dauerhafte Finanzierung der Betriebskosten, die nicht von den Gummersbacherinnen und Gummersbachern alleine getragen werden dürfen. Drittens schließlich eine zuverlässige Sanierung, deren Kosten ganz wesentlich vom Land NRW mitgetragen werden müssen. In der letzten Ratssitzung wurde ein Zwischenergebnis der Planungen vorgelegt. Zur ersten Bedingung ist zu sagen, dass ein überzeugendes Konzept für ein neues Theater mit vielseitigen Angeboten und Möglichkeiten der Mitwirkung an Theaterproduktionen präsentiert wurde.

wie jedes Jahr möchte ich die Sommerzeit gerne nutzen, Sie im Rahmen meines regelmäßigen Bürgerbriefes über die wichtigsten Entwicklungen in unserem Wahlkreis und der Gummersbacher Politik zu informieren. Als Ihr

Darüber hinaus hat die SPD immer wieder die Meinung vertreten, dass 800 Sitzplätze heutzutage für Gummersbacher Verhältnisse zu viel sind. Dem trägt das neue Konzept mit einer Reduzierung auf 500 bis 600 Plätze Rechnung. Insofern wurde unsere erste Bedingung nach einem guten Konzept für die Neuausrichtung des Theaters erfüllt.

Bei diesem Zwischenergebnis wurden auch klare Aussagen für die zukünftigen Betriebskosten getroffen. Hier liegt ein wesentlicher Knackpunkt. Die Betriebskosten würden sich mit mindestens 2 Millionen Euro pro Jahr gegenüber dem alten Theater ungefähr vervierfachen. Eine solche Summe kann von Gummersbach nicht alleine gestemmt werden. Die höhere Belastung für alle Gummersbacherinnen und Gummersbacher wäre aus Sicht der SPD nicht vertretbar. Deshalb brauchen wir Partner, die sich an den Kosten beteiligen. Dazu gehört nach unserer Meinung vor allen Dingen der Oberbergische Kreis, weil das neue Theater eine große Wirkung weit über Gummersbach hinaus entfalten soll. Zusagen für eine solche Beteiligung konnten bisher noch nicht gegeben werden, weil der Bürgermeister noch Zeit braucht, um mit dem Oberbergischen Kreis zu verhandeln. Auch der ehrenamtlich geführte Förderverein, der sehr aktiv ist, muss die Gelegenheit haben, Spendengelder für den Weiterbetrieb des Theaters zu sammeln. Hier gibt es bei anderen Theatern gute Vorbilder mit erheblichem finanziellem Engagement aus der Bürgerschaft. Wegen dieser Finanzierungslücke und weil das Sanierungskonzept noch aussteht, haben wir als SPD große Bedenken hinsichtlich dieses für unsere Stadt gewaltigen Vorhabens. Trotzdem habe ich gemeinsam mit meiner Fraktion in der letzten Ratssitzung zugestimmt, die Bemühungen für ein neues Theater fortzusetzen, um alle Möglichkeiten, die wir haben, auch wirklich auszuschöpfen. Ob es am Ende gelingt, bleibt aber mehr als fraglich.

Schon seit längerer Zeit gibt es bei uns und in ganz Nordrhein-Westfalen eine große Diskussion um die Anliegerkosten bei Straßenbaumaßnahmen. Hier kommt es oft zu sehr hohen finanziellen Belastungen für die Anlieger. Betroffen sind alle, Eigentümer und Mieter. Ich bin überzeugt, dass das bisherige Abrechnungssystem ungerecht ist. Es kann nicht sein, dass bei kommunalen Straßen der größte Teil der Finanzierung auf den Schultern der Anwohner lastet. Straßen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Daher sollen auch die Kosten auf alle verteilt werden und das Land NRW die Finanzierung tragen. Einerseits entsteht für das Land natürlich eine hohe finanzielle Belastung – geschätzt sind es rund 130 Mio. € –, aber andererseits ist genügend Einsparpotenzial vorhanden. Deshalb hat die SPD in der Ratssitzung am 26.02.2019 die Verwaltung in einem Antrag aufgefordert, das Land NRW zur Kostenübernahme zu bewegen. Leider waren die anderen Fraktionen nicht bereit, ein solches deutliches Signal zur Entlastung der betroffenen Anlieger zu geben und haben den Antrag abgelehnt. Zumindest wurde in Übereinstimmung mit der Verwaltung erreicht, dass alle avisierten Straßenbaumaßnahmen mit Anliegerkosten solange nicht durchgeführt werden, bis eine neue Regelung auf Landesebene getroffen wurde. In unserem Wahlkreis betrifft dies derzeit die Berghausener Straße, den Eichholzweg und die Fritz-Pregel-Straße.

Um eine gerechte Neuregelung zu erreichen, ist die SPD-Landtagsfraktion schon im Dezember 2018 aktiv geworden und hatte die vollständige Kostenübernahme durch das Land gefordert. Mittlerweile konnte auch die CDU/FDP-geführte Landesregierung dem Druck nicht mehr standhalten und hat vor wenigen Wochen endlich einen eigenen Vorschlag unterbreitet. Dieser sieht eine Beteiligung des Landes in Höhe von 65 Mio. € vor. Letztlich handelt es sich hierbei um ein halbherziges Modell. Es wird keine einheitliche Lösung in NRW geben. Die Verantwortung wird weiterhin den Kommunen aufgebürdet. Neue Unsicherheiten und zusätzliche Bürokratie entstehen. Im Herbst 2019 soll der Landtag entscheiden. Ich werde zusammen mit meiner Partei weiter für eine bürgerfreundliche Lösung kämpfen.

In den kommenden Monaten steht in unserem Wahlkreis eine größere Baumaßnahme an: Der Aggerverband wird von September bis zum Beginn des kommenden Jahres im Leppetäl eine Kanalbaumaßnahme durchführen müssen, die leider aufgrund arbeitsschutzrechtlicher Vorgaben mit einer zeitweisen Vollsperrung der Leppestraße einhergeht. Nach Abwägung mehrerer Alternativen hat sich auch für mich gezeigt, dass die für alle Betroffenen beste Lösung darin besteht, den Verkehr über die Gelpestraße umzuleiten, die in diesem Zeitraum für den Verkehr mit Lastwagen über 12 Metern Länge freigegeben werden muss. In einer Informationsveranstaltung am 8. Juli wurde in diesem Zuge angeregt, die Nocheiner Kreuzung auf Tempo 30 zu regulieren. Das zuständige Ordnungsamt wird dies prüfen. Darüber hinaus soll unbedingt vermieden werden, dass der Verkehr in großem Maße über die bereits beschädigte Berghausener Hauptstraße, den Thaler Weg oder über Würden ausweicht. Die Stadt wird Kontrollen durchführen und gegebenenfalls steuernde Maßnahmen ergreifen. Sollte es zu Problemen kommen, können Sie sich gerne an mich wenden.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Beispielen einen Einblick über meine Arbeit für Sie im Stadtrat geben konnte. Ich freue mich stets über Anregungen oder Rückfragen und lade Sie gerne zum persönlichen Gespräch ein.

Herzlichst

Ihr 

SVEN LICHTMANN

Gartenstraße 6 • 51647 Gummersbach

Tel: 0163-6286804

sven.lichtmann@spd-gummersbach.de

www.spd-gummersbach.de  facebook.com/spdgm